

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

54 (5.3.1919)

Vierter badischer Rätetag.

(Schluß.)

Der Vorsitzende begrüßt den Vorsitzenden der Verfassungskommission Stadtrat Dr. Dieb, der folgendes ausführt: Wir sind den Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräten zu großem Dank verpflichtet für das, was sie in der Revolution geleistet. Die Durchführung der politischen Revolution ist leichter als die der wirtschaftlichen. Zunächst mußte politisch klare Bahn geschaffen werden; erst dann können die sozialistischen Probleme der Wirtschaft gelöst werden. Diese Probleme können aber erst durchgeführt werden, wenn wir Rohstoffe und reichlich genügende Nahrungsmittel haben. Wir müssen jetzt die politischen Ergebnisse der Revolution festlegen, um darauf dann weiterarbeiten zu können. Man darf bei den Rückwärtsbewegungen an dem Entwurf der Verfassung nicht übersehen, was andererseits Gutes erreicht worden ist. Die Arbeiter müssen hinter uns stehen, wenn wir in der Verfassung Dinge festlegen, bei denen die zu zwei Drittel bürgerliche Mehrheit nicht ganz mit dem Herzen dabei ist. Republik, Frauenwahlrecht, Jugendlicherwahlrecht, Soldatenwahlrecht, all dies ist in der Verfassung festgelegt; ebenso der Achtstundentag, beseitigt sind die Vorrechte des Standes, der Geburt, der Religion, die Klassenrechte in der Gemeinde. Diese Dinge wurden von uns festgelegt, obgleich nicht die Mehrheit des Volkes hinter uns steht; aber das tatkräftige Drittel des Volkes steht hinter uns. Wir dürfen dem Unverstande nicht den Vorwand geben, durch unsere unfruchtbareren Experimente behaupten zu können, wir hätten auch nichts erreicht. Als einziger Staat im deutschen Reich haben wir die Trennung von Staat und Kirche z. z. los durchgeführt; die eine Institution hat der anderen nichts dreingeworfen. Jetzt ist auch in der Verfassung festgelegt, daß, wer auch nicht aus der Kirche austritt, seine Kinder nicht aus Religionsunterricht teilnehmen zu lassen braucht, wenn es gegen sein Gewissen geht. (Bravo!) Ebenso braucht auch der Lehrer nicht gegen sein Gewissen Religionsunterricht erteilen. Lassen wir uns durch keine Rohmängel die Freude an dem Erreichten nicht verderben. Geben wir Rohstoffe und Lebensmittel, dann kann auch die wirtschaftliche Revolution ihren Fortgang nehmen. Ein Glück auf der Revolution, Glück auf der badischen Verfassung! (Lebhafte Beifall.)

Erbschaftsteuer: Neben dem Wohnrecht muß es auch eine Vermietungsspflicht geben; es darf kein Hausbesitzer eine Familie abnehmen, weil sie zahlreiche Kinder hat. Auch auf dem Lande besteht eine Wohnungsnot. In der Stadt sind die Kasernen, die Schiffer wohnbar zu machen, auch die großen Privatwohnungen innen geteilt werden. — Der Schaden in Mannheim beträgt über eine Million; unfähig, baldmöglichst ist doch gehandelt worden. Jetzt sagen alle, sie hätten dies nicht gewollt, dann darf man aber das Volk nicht aufpeitschen.

In den Regierungskammern sehen immer noch die alten Geister, nur die Spitze ist geändert, aber in den untergeordneten Stellen herrscht noch der alte reaktionäre Geist. Diese Leute sind das Hindernis jeden Fortschritts. Wir stellen einen Antrag an die Nationalversammlung, der es ermöglicht, auch diese Beamten vor Erreichung ihres Höchstalters zur Ruhe zu setzen. Erst dann kann im ganzen Regierungsapparat ein neuer Geist einziehen.

Dr. Kraus hofft, daß diesem Verlangen des Gen. Erb bei der Reform des Beamtengesetzes stattgegeben werden kann; die Grundlagen sind in § 11 der Verfassung schon gegeben.

Jähr-Konstant: Wir müssen die Unabhängigen wieder zur praktischen Arbeit heranziehen. Die Nichtstunung, die heute herrscht, ist auf die schlechte Ernährung zurückzuführen. Unsere Regierung sollte, wie es Würtemberg tut, Lebensmittel aus der Schweiz hereinbringen. — Die Vorgänge in Mannheim und München haben auch in dem reaktionären Geist, der in den Regierungen noch herrscht, ihre Ursache. Schaffen wir Lebensmittel herbei, dann haben wir auch eine bessere Verfassung. Solange die Kriegsverwertungsvereinigungen noch bestehen, solange werden auch die Rohstoffe nicht freigegeben. In Würtemberg hat man die Volkswirtschaft in die Behörden eingereiht, auch in Baden erleben wir diesen Anbruch.

Es sind drei Anträge eingelaufen; einer verlangt Schluß der Debatte, die anderen verlangen Vertagung. Letzterer Antrag wird angenommen.

Schweizer-Friedrichsheim bringt Beschwerden über den Aufmarsch der Heilbrunn-Friedrichsheim vor und über andere Mißstände dort.

Emil Maier-Seidelberg bittet nochmals dringend, doch heute zum Schluß zu kommen, es seien doch wichtigere Dinge im Lande zu erledigen als hier die Revolution fortzuführen.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thie me.

34. (Nachdruck verboten.)

„Wenn ich ein Messer hätte, könnte ich einen Köpfe schnitzen“, sagte Margarete mehr zu sich als zu ihm. Da bemerkte sie einen lebhafteren Ausdruck in seinem Antlitz.

„Wollt Ihr etwas, Herr?“

Wieder dieselbe Gebärde, gefolgt von einem Blick auf seinen eigenen Körper. Sie nahm den Blick auf.

„Meint Ihr die Tazsche? Und daß Ihr etwas darin habt, was ich herausnehmen soll?“

Da er die Frage zu bejahen schien, griff sie errötend in seine Tazsche und brachte triumphierend ein großes, zusammengelegtes Messer zum Vorschein. Freudig nahm sie es an sich.

„Jetzt bin ich vielleicht auch in der Lage, von dem Herde Fleisch zu holen, um daraus für ihn kräftige Brüste zu kochen“, fuhr es ihr durch den Sinn. Sie war sich wohl bewußt, es werde nicht leicht sein, sich und den Fremden zu erhalten, besonders wenn sich die Krankheit länger hinauszog. Daher mußte jede Gelegenheit zur Verproviantierung benutzt werden.

Wenn sie sich ihres Sungenmarisches von gestern und vorher erinnern sollte, so war sie überhaupt zweifelhaft, ob es möglich werden würde, wenigstens solange die Soldaten in der Pflanzung blieben und sie ihre Verborgenheit aufrecht erhalten mußte. Doch sie hatte dem armen jungen Manne das Versprechen gegeben und wollte ihr ganzes Selbst für dessen Erfüllung einsetzen.

In seinem Gurte erblickte sie noch eine Pistole und einen Dolch. Beides steckte sie zu sich zur Verteidigung und schloß sich im Besitz dieser Waffen, obgleich sie mit deren Gebrauche nicht vertraut war, bedeutend sicherer als bisher.

Das Müßiggelende war wohl, sich soviel als möglich Fleisch zu sichern. Bei der anhaltend kühlen Witterung würde sich der Vorrat viele Tage halten. Nachdem sie ihrem Schützling den künftigen Verband erneuert hatte, machte sie sich auf den kurzen Weg zu dem gestirzten Herde, bei sich selber froh, daß sie nun doch eigentlich an alles, was sie aus dem gefundenen Mantelstück benutzte, ein natürliches Recht habe. Sie nahm den kurzen Weg durch das verlassene Awoesen, sah sich jedoch unbehelligt, als sie um die Biegung herumkam, zwei großen Wölfen gegenüber, die an dem toten Tiere ihren Schmaus hielten.

Die Tiere machten Front gegen sie und setzten die Zähne

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird nun angenommen. Es folgt die Abstimmung über die Anträge. Der Antrag auf Schaffung der sozialistischen Einheitsfront, Einreichung der A., S., B.-Räte in die Verfassung und Sozialisierung der dazu reifen Betriebe ist nicht genügend unterstützt.

Eine Resolution Hammererschlag, die die Stellung der A., S., B.- u. Räte gegenüber der Regierung wie in den früheren Landesversammlungen wiederum festlegt, also auch die Haltung der Regierung billigt, wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag betreffend die aus der neutralen Zone Ausgewiesenen, denen freie Fahrt zu der neuen Niederlassung gewährt werden soll, sowie eine ausreichende Unterstützung, wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag auf Verbeibehaltung der Büros der A. u. S.-Räte wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag auf Verbeibehaltung des Verfassungsmaterials für die Mitglieder der A., S. u. B.-Räte wird dem Eisenrutsch überwiegen.

Der Antrag auf Neuwahl des Dreimännerkollegiums, da Mitglieder desselben in dem Verfassungsausschuß ihren Unabhängigkeit in der Kontrolle der Regierung nicht gewährleistet ist, wird vom Antragsteller zurückgezogen, um auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt zu werden.

Der Antrag auf Änderung des Beamtengesetzes, Rücktritt der Beamten des alten Systems, wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag betrifft Organisationsfragen, es soll darüber in der nächsten Tagung gesprochen werden.

Den Antrag über die Stellung der Regierung zu den A. u. S.-Räten begründet Gen. Kesslich. Es sind einzelne Vorstehende von Volkswirtschaften in Anlagezustand verkehrt worden wegen angelegter straflicher Taten nach der Revolution. Der Vorsitzende des Volksrats in Zell ist angeklagt, weil er im Auftrage der Arbeiter ein Schwere beschlagnahmte, es kam zu Zusammenstößen, und daraus resultierte die Anlage. Wenn die Anlage durchgeführt wird, dann erleben wir im Wesentlichen Zustände wie in Mannheim. Ein Genosse in Waldkirch wurde ebenfalls unter Anlage gestellt, weil er gegen seinen Gemeinderat sein Recht vertrat. Wenn die Regierung derart die Räte schließt, dann braucht sie sich über die Folgen nicht zu wundern. In Gengenach machte der Bürgermeister und das Bezirksamt dem Delegierten Schwereigkeiten bei der Fahrt zur diesmaligen Tagung. Heute heißt es bei der Regierung: Mehr, du hast keine Schuldigkeit getan, du kannst gehen. Wir verlangen Klarheit. (Beifall.)

Vorstehender Kesslich stellt fest, daß es sich in letzteren Falle um einen großen Mißgriff des Bezirksamts Gengenach handelt.

Blome-Waldkirch weist darauf hin, daß das Bürgermeistertum Waldkirch der Vertretung der Arbeiterschaft in Gemeinderat die größten Schwierigkeiten machte, worauf die Arbeiterschaft ein Ultimatum stellte. Und deswegen wurde ein Streikverfahren gegen Blome eingeleitet auf Grund des Nötigungsparagrafen. Wenn das Streikverfahren durchgeführt wird, dann müssen alle die vielen anderen in Baden, die in dieser Zeit Ultimata gestellt haben, unter Anlage gestellt werden. Wenn der Führer der Arbeiterschaft das (Eigentliche) ins Gefängnis muß, dann gibt er keine Stunde drein. (Lebhafte Beifall.)

Ring-Bergheim bringt Beschwerden aus seiner Gemeinde vor. Frühlich-Zurloch teilt einen Durlacher Fall über Beschlagnahme von Lebensmitteln mit, wo auch hohe Herren von der Justiz Teilhaber waren. Sie mühten sich also auch selbst unter Anlage stellen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Gen. Kesslich schließt die Versammlung mit der Mitteilung, daß die nächste Tagung wohl die grundlegenden Beschlüsse über die Frage des Weiterbestehens der Räte zu fassen haben wird.

Nichtstellung. Gen. Erb vom Volkswirtschaft Ratkrübe schreibt uns: In der Verichterstattung über die Landesversammlung der A., S., B.- u. Räte in Durlach ist bezüglich meiner Ausführungen eine Unrichtigkeit unterlaufen. Es heißt im „Volkswirtschaft“: „Erbschaftsteuer wendet sich gegen die Aufstellung der freiwilligen Pataillone“. Das ist nun nicht richtig. Ich habe lediglich gesagt, daß der Reichsbescheid auch bei der Aufstellung der Bad. freiwilligen Pataillone mehr berücksichtigt werden sollte, daß man mit der weiteren Aufstellung dieser Pataillone in den Einzelstaaten nicht vorgehen solle, sondern daß ein Deutsches Volkswirtschaft errichtet werden müßte, wobei man den einzelnen Bundesstaaten die Verwaltung der Formationen innerhalb ihrer Landesgrenzen überlassen sollte, wodurch es dann möglich sei, daß die Zusammenziehung dieser Formationen sich womöglich aus den Landeskindern rekrutieren sollte.

in Todesangst streckte sie ihnen eine der Pistolen entgegen und drückte ab, ohne auch nur zu wissen, ob die Waffe geladen war. Glücklicherweise war dies jedoch der Fall, der Schuss traf sie und Margarete erschrak selber so sehr bei dem Knalle, daß sie spornreits rückwärts lief und in dem über Hülsen Schuss lachte. Sie begte große Furcht, die Wölfe würden ihr folgen, als sie indessen einen Blick durch die Fensteröffnung wagte, bemerkte sie zu ihrem Erstaunen und ihrer Freude, daß die beiden Raubtiere in toller Hast dem Walde zurannten.

Nun verlag sich über der Notwendigkeit rächen Handelns allen Schreck. Sie fing überhaupt an, sich an Gefahren zu gewöhnen und solche so leicht zu vergessen, wenn sie glücklich überstanden waren. Sie schlüpfte eilig zu dem Tiere. Die Wölfe hatten ihr, ohne es zu bemerken, einen großen Gefallen getan. Sie hatten den mächtigen Körper angegriffen. Margarete hatte wohl schon Gänse, Sühner und Kaninchen geschlachtet, nie aber größere Tiere, doch fand sie sich leicht in diese Arbeit, so sehr ihr dieselbe zumbir war. Sie schnitt sorgfältig die Stellen ab, wo die getriebenen Tiere angegriffen hatten, schabte die Haut zurück und schnitt nun mächtige Stücke aus dem Rücken und Hinterteil des armen Schimmels. Nach einer Stunde hatte sie mehr ausgeschlachtet, als sie auf einmal zu tragen vermochte. Deshalb beförderte sie ihren Vorrat erst nach Hause — selbst, daß sie bereits diesen Ausdruck von ihrem Aufenthaltsorte gebrauchte — und forste, bevor sie nochmals auf Proviant ausging, für ihren Kranken. Zweimal noch machte sie darauf den Weg zum Herde und zurück, immer mit der erwähnten menschenfreundlichen Unterbrechung.

Sobald sie wieder abkommen konnte, erneuerte sie ihren Goldvorrat, was ihr heute mit dem scharfen Messer weit leichter wurde, als gestern. Dann entzündete sie Feuer und setzte den Kopf mit Wasser und einem tüchtigen Stück Fleisch an. Zimmer dazwischen hindurch eilte sie zu ihrem Pflanzling — kurz, sie kam gar nicht zu Atem, so viel hatte sie zu beorgen und zu bedenken. Als sie mit dem Brühtopfe zu ihm herunterging, vernahm sie zu ihrer Verfürgung schon auf dem Hofe seine Stimme. Er sprach viel lauter als gewöhnlich, es war gerade, als rede er mit einer anderen Person.

Sie horchte, unterchied aber immer nur die eine Stimme. „Er redet irre“, erklärte sie sich die befremdende Tazsche, und in der Tat fand sie ihren Verbundenen in wilden Fieberphantasien. Ein heftiges Mundstöhnen war ausgedrungen und

Das neue Gemeindevahlrecht für Baden.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung, ist dem Präsidium der Nationalversammlung zugegangen.

Aus dem Entwurf heben wir folgende wichtigsten Bestimmungen hervor:

„Stadtbürger sind die im Vollbesitz der Geschäftsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Angehörigen des Deutschen Reichs, welche mindestens 20 Jahre alt sind und seit sechs Monaten, vom Tage des Ablaufs der Einbürgerung, gegen die Wählerliste zurückgerechnet, im Stadtbezirk ihren Wohnsitz haben.“

„Von dem Erfordernis des Wohnsitzes im Stadtbezirk seit sechs Monaten kann durch Gemeindebeschluß in einzelnen Fällen Nachsicht erteilt werden.“

„Zur Ablehnung einer Wahl oder eines Auftrags, sowie zum Austritt vor gesetzlich abgelaufener Dienstzeit sind die Frauen berechtigt.“

„Den Stadträten ist eine Entschädigung für Zeitaufwand zu gewähren.“

„Der Oberbürgermeister und die Bürgermeister werden vom Bürgerauschuß, die Stadträte von den Stadtverordneten gewählt.“

„Es können aber diejenigen Beamten, durch welche die Aufsicht des Staates über die Stadt ausgeübt wird, sowie die besoldeten Gemeindevorstande und die Stadtverordneten die auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn sie ihr Amt niederlegen.“

„Die Stadträte werden auf 3 Jahre gewählt.“

„Die Stadtverordneten werden von den Wahlberechtigten nach den Grundzügen der Verhältniswahl mittels Vorschlagslisten gewählt, wobei die Wahl auf die in den Vorschlagslisten enthaltenen Bewerber beschränkt ist. (Gebundene Listen).“

„Das Amt eines Stadtverordneten dauert drei Jahre.“

„Wahlberechtigte Einwohner sind die im Vollbesitz der Geschäftsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Angehörigen des Deutschen Reichs, welche mindestens 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten, vom Tage des Ablaufs der Einbürgerung, gegen die Wählerliste zurückgerechnet, in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Von dem Erfordernis des Wohnsitzes im Gemeinbezirk seit 6 Monaten kann durch Bürgerauschlußbeschluß in einzelnen Fällen Nachsicht geübt werden.“

„Die Bürgermeister werden in den Gemeinden, welche dauernd mindestens 2000 Einwohner zählen, vom Bürgerauschuß, und die Gemeinderäte in den Gemeinden, welche dauernd mindestens 4000 Einwohner zählen, von den Gemeindevorstande, in den übrigen Gemeinden von den Bürgern und wahlberechtigten Einwohnern gewählt.“

„Das Ministerium des Innern bestimmt, in welchen Gemeinden hiernach der Bürgerauschuß die Bürgermeister zu wählen hat, und in welchen die Gemeinderäte von den Gemeindevorstande zu wählen sind.“

„Aus der Gemeindeordnung für die nicht unter die Städteordnung fallenden Gemeinden heben wir folgende Bestimmungen hervor:“

„Die Wahl der Gemeinderäte erfolgt in allen Gemeinden nach den für die Wahl der Gemeindevorstande geltenden Grundzügen der Verhältniswahl.“

„Wo die Wahl von den Gemeindevorstande vorzunehmen ist, ist zu ihrer Gültigkeit erforderlich, daß mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten abgestimmt hat.“

„Die Gemeinderäte werden auf 3 Jahre gewählt. Die Ausschiedenden können wiedergewählt werden.“

„Wird die Stelle eines Gemeindevorstande durch Tod oder Austritt erledigt, so tritt für die ganze noch übrige Amtsdauer an seine Stelle der derselben Vorschlagsliste angehörende nächste Bewerber.“

„Das Amt eines Gemeindevorstande dauert drei Jahre.“

„Wird die Stelle eines Gemeindevorstande durch Tod oder Austritt erledigt, so tritt für die ganze noch übrige Amtsdauer an die Stelle des Ausschiedenden der derselben Vorschlagsliste angehörende nächste Bewerber.“

„Die von einzelnen Orten oder von mehreren Orten gemeinschaftlich zu wählenden Gemeindevorstande und Gemeinderäte werden auch nach den Grundzügen der Verhältniswahl von den wahlberechtigten Gemeindevorstande und wahlberechtigten Einwohnern, wenn die Zahl der Einwohner der einzelne oder mehrere Orte dauernd mehr als 4000 Einwohner beträgt, die Gemeinderäte von den Gemeindevorstande dieser Orte gewählt.“

„Ist von einem Ort oder mehreren Orten gemeinschaftlich nur ein Gemeinderat oder ein Gemeindevorstande zu wählen, so fin-

Margarete konnte nur zu gut die ungeheure Gefährlichkeit dieser Entscheidung.

„Was soll ich hier mit ihm anfangen?“ fragte sie sich betrübt. „Dieses Fieber kann Wochen anhalten — hier kann ich ihn nicht pflegen. Auch wäre weder er, noch ich imstande, an diesem kalten, ungeschützten Orte längere Zeit auszuhalten. Wenn er gerettet werden soll, muß er in die Stube hinüber, anderenfalls ist er verloren!“

Doch wie sollte sie ohne anderen Beistand den schweren Mann transportieren? Die Entfernung war nicht allzu beträchtlich, höchstens fünfzig Schritte, aber der Boden war hederig und zur Schwelle des Hauses hatte sie zwei Stufen oder richtiger den Raum von zwei Stufen hinaufklettern, denn die Stufen selber waren nicht mehr vorhanden. Aber Margarete besann sich nicht lange. Zuerst ging sie in das Stübchen, sein Lager zu bereiten. Oben stülpte sie sich freilich sicherer und heimlicher, aber die schwankende und gebrechliche Treppe hinauf konnte sie ihn nun und nimmer befördern. So trug sie ihr Bett von Raub für ihn herab, bereitete die Decke darüber und bestimmte ihm seinen Mantel als Zudecke.

Als sie sich abquälte, ihm den Mantel auszugeben, ward ihr noch eine frohe Ueberraschung. Wie sie das Kleidungsstück aufhob, fiel ein kleiner, schwerer Körper mit hartem Aufschlag zu Boden. Sie blickte sich danach und sah, daß es die Kugel war, die also nicht mehr in der Wunde steckte, sondern den Körper an einer anderen Stelle wieder verlassen hatte. Sie freute sich dieses Umstandes, der ihr bereits Sorge gemacht hatte. Aber sie entnahm der Tatsache auch, daß noch eine zweite Wunde auf dem Rücken des jungen Mannes vorhanden sein mußte. Gewiß hatte deren bisherige Vernachlässigung das schwere Mundstöhnen zur Folge gehabt. Sie nahm sich vor, so gleich nach seiner Unterbringung in der Stube danach zu sehen und auch dieser Verletzung ihre Sorgfalt zuzuwenden.

Nun ging sie frisch an die Ausführung ihres Plans. Mit Aufgebot aller Kraft gelang es ihr, ihn in eine sitzende Stellung zu bringen. Dann ließ sie sich vor ihm, indem sie ihm dabei den Rücken zumachte, auf die Knie nieder, wachte seit seine Hände und zog sie über ihre Schultern. So verjuchte sie, die schwere Last mit sich emporzuhieven, aufzustehen, aber sie vermochte es nicht. Das Werk überstieg ihre Kraft. Verzweiflungsvoll kniete sie auf dem harten Leinwandboden und überlegte mit Tränen, ob denn nur keine Möglichkeit sei, den Kranken hineinzu-schaffen. Da leistete ihr dieser selbst plötzliche und unerwartete Gift-

(Fortf. folgt.)

der Mehrheitswahl entsprechend den für die Bürgermeistervahl geltenden Bestimmungen.

Innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes haben in allen Gemeinden und Städten der Städteordnung Neuwahlen der Gemeindevorstände (Stadtvorstände) zu finden; sofern die Stelle des Bürgermeisters ebenfalls zu besetzen ist, folgt zuletzt die Wahl des Bürgermeisters.

Bis zum Eintritt der Neuwahlen haben die derzeitigen Mitglieder der Gemeindevorstände und gegebenenfalls die Bürgermeister ihr Amt weiter zu versehen.

Bei der nach Artikel VI vorzunehmenden Gemeindevahl sind diejenigen Kriegsteilnehmer wahlberechtigt, welche zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 4. März.

Die Sitzung wird nach 1/4 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Dr. Kohl (D. Sp.) fragt nach den Schritten der Reichsregierung, um die sofortige Befreiung der vom Feinde zur Verantwortung gezogenen deutschen Werkzeuge zu erwirken, die während des Krieges von der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten industriematerial angekauft haben.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß bei den Alliierten mehrfach Einspruch gegen die Verhaftungen erhoben wurden, ein endgültiger Bescheid sei bisher nicht erfolgt.

Frage (D. nat. Sp.) und Genossen fragen, was die Regierung zur Befreiung des Papiermangels für die deutsche Presse tun wolle.

Reichsminister Dr. Brüning: Eine befriedigende Versorgung der Presse wird erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftswesen wieder in einigermaßen geordneter Bahn verläuft.

Frage (D. nat. Sp.) fragt an wegen unzureichender Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln.

Reichsminister Brüning: Die Reichsregierung ist bemüht, von den Alliierten die Freigabe der Produkte aus dem besetzten Gebiet zu erlangen und tut auch sonst alles in ihrer Macht stehende, es folgt die Fortsetzung der

Verfassungsberatung.

Herr Gen. (D. Sp.): Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, daß Entscheidungen nur gegen Entschädigung zulässig sein sollen. Die Arbeiter leben in dem allgemeinen Wohlstand nicht ein Mittel, das sie von allem Elend befreien könnte, sie wissen ein besseres, ihre Interessen wahrzunehmen, die Arbeiter- und Soldatenräte. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß dem Räte-System auch in der Verfassung sein Recht wird. Das Räte-System bedeutet das Ende des Parlamentarismus. Erst wenn die Arbeiter sehen, daß dem Hebel an die Wurzel gegangen wird, werden sie zufriedener sein. Sie werden vorübergehend niedergedrückt werden können, aber sie werden mit immer größerer Kraft wieder aufstehen.

Herr Dr. Stresemann (D. Sp.): Was der Vordrucker erstrebt, ist der vollkommen verfassungsmäßige Zustand. Eines zieht sich durch alle unsere Verhandlungen als Kernpunkt: das Problem Preußen-Deutschland. Da hört man immer wieder die heftigen Angriffe gegen Preußen. Gegen die Sonderrechte der süddeutschen Staaten ist man viel zurückhaltender. Da der Einheitsstaat mit Provinzen unmöglich ist, so bleibt nur übrig die Aufrechterhaltung der Bundesstaaten, denen man aber auch die Möglichkeit der Entfaltung ihrer Eigenarten geben muß.

Reichsminister Dr. Brüning: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über den Streit das Große, Gute und Wertvolle vergißt, das uns diese neue Verfassung bringt. Die republikanische Staatsform, die darin festgelegt wird, ist doch keine Kleinigkeit. Wir haben die demokratische Republik, in der die höchste Staatsgewalt beim Volke liegt, und unser Volkrecht ist demokratischer als es in irgend einem Lande der Welt ist. Jetzt erst hat die Regierung die volle Verantwortung vor dem Volke, jetzt erst haben wir eine wirkliche Reichsregierung. Ich freue mich, daß im großen und ganzen in der Nationalversammlung ein Zug zu einer möglichst weitgehenden Vereinheitlichung und starken Zentralgewalt des Reiches zum Ausdruck gekommen ist. Auf der Arbeiterdemokratie ruht der ganze Zusammenhalt des Reiches. Dazu ist allerdings nötig, daß neben der politischen Demokratie nun auch die wirtschaftliche ihren Eingang hält, die auch im Verfassungswort zu bezeichnen ist, aber der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinen gewehren aufzugeben werden soll, den man mit Recht bezeichnet als den sozialismus asiaticus, taugt wenig. Hier hat das deutsche Volk eine nationale Weltmission zu erfüllen, sich selbst zum Heile und anderen Völkern zum Vorbilde. (Beifall.) Die Verfassungsvorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Montag nachmittags 3 1/2 Uhr: Poleninterpellation.

Baden.

Die Schulfrage.

Sitzung der Verfassungskommission.

Nach einigen unwesentlichen Änderungen in den §§ 23 bis 25 wendet sich die Beratung nochmals dem Schulparagrafen 19 zu. Dazu liegen Anträge von verschiedenen Seiten vor. Der sozialdemokratische Antrag fordert völlige Streichung des Passus „Religionsunterricht ist Pflichtfach im Schulunterricht“. Es soll darüber in der Verfassung überhaupt nichts gesagt werden. Die anderen Fraktionen aber wollen unbedingt diese Materie in der Verfassung regeln. Nach einem demokratischen Antrag soll der Satz lauten: „Für die Erteilung des Religionsunterrichts im volkschulpflichtigen Alter gelten die Bestimmungen des Schulgesetzes.“ Demgegenüber lautet ein Zentrumsantrag: „Der Religionsunterricht bleibt im bisherigen Umfange Unterrichtsgegenstand.“ Damit soll erreicht werden, daß für jede Abänderung des Schulgesetzes die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit vorhanden sein muß. Dagegen sind in aller Schärfe Sozialdemokratie und ein großer Teil der Demokratie.

Von verschiedenen demokratischen Rednern wird besonders dem Zentrumsantrag gegenüber betont, man solle doch in dieser so wichtigen Materie eine mittlere Linie finden, auf die sich auch die Sozialdemokratie einigen kann. Es geht bei der heutigen politischen Lage nicht an, die Frage des Religionsunterrichts ohne die sozialdemokratischen Massen zu erledigen.

Bei der Abstimmung wird die Fassung der 1. Lesung (Religion ist Pflichtfach) mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Bei der Abstimmung des demokratischen Antrags entspinnt sich eine größere Debatte. Das Zentrum plant den Antrag abzulehnen zu müssen, da damit der Schutz der Verfassung nicht garantiert. Der demokratische Antrag wird mit 16 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Damit bleibt die Fassung der Regierungsvorlage, über den Religionsunterricht wird in der Verfassung nichts gesagt.

Zu Art. 2 des § 19, der die Gewissensfreiheit der Lehrer und Schüler garantiert, bringt das Zentrum einen Antrag ein, wonach die Gemeinde keinen Lehrer weiter zu verwenden braucht, der keinen Religionsunterricht mehr erteilen will, wenn dadurch die Erteilung des Religionsunterrichts unmöglich wird. Nach Ansicht der Sozialdemokratie und der Demokratie geföhrten diese Bestimmungen in das Schulgesetz. In diesem Sinne entscheidet auch die Abstimmung.

Was die Befreiung vom Besuche des Religionsunterrichts anlangt, so wird die endgültige Abstimmung darüber nochmal vertagt.

Ein Neu-Demokrat.

Bei der Uebernahme der nationalliberalen Konfuzmasse haben die Fortschrittler, zurzeit Demokraten geheißen, auch den Herrn Niederbühl aus Rastatt, Vorsitzender des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, mit übernehmen müssen. Herr Niederbühl hat sich schon früher als unsicherer Nationalliberal erwiesen, es fiel jedoch damals nicht so sehr auf, da ja die ganze Partei ein höchst unsicheres und zweifelhaftes Gebilde war. Es war also vorauszuweisen, daß der nunmehr demokratische Abgeordnete Niederbühl auch in der neuen Partei sein Möglichstes tun werde, um sie zu kompromittieren. Und es ist ihm diese Kompromittierung auch restlos gelungen. Beweis: Nachfolgendes Schriftstück, das Herr Niederbühl an das Zeugamt Rastatt gerichtet:

Rastatt, den 20. Febr. 1919.

Landesverband

der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen.

Nr. 3508.

An das

Zeugamt, Rastatt.

Wir beehren uns, das Zeugamt auf den Unwillen aufmerksam zu machen, der in den bürgerlichen Kreisen hier herrscht über die Art der Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Depots.

Die eingestellten Arbeitskräfte können wegen Mangel an Arbeit nicht genügend beschäftigt werden. Wie wir von den Arbeitern selbst erfahren, sind sie zur Zeit mit dem Zerlegen von Geschützen beschäftigt. Viele Arbeiterinnen bringen ihr Strickzeug mit in die Depots, um während der Arbeitszeit wenigstens etwas zu tun. Mit Recht wird dadurch der Unwillen der Bürger erregt, weil ihnen immer mehr zum Bewußtsein kommt, daß wir mit Niemandem dem sicheren Ruin entgegengehen, was nicht es dem Arbeiter, wenn man ihm bezürlte Arbeitszeit, die nachmittags 3 Uhr schon beendet ist, phantastische Löhne und geradezu ein Bummelleben zuweist, wenn man andererseits sagt an den Fingern abzählen kann, daß an dieser Gleichgültigkeit und Gewissenlosigkeit, an dieser Mißwirtschaft der Arbeiter und Bürgerstand geradezu dem Hungertode entgegengehen. Werden die Arbeiterinnen nur deswegen in den Depots beschäftigt, damit sie von der StraÙe weg sind, so muß dem entgegengehalten werden, daß durch die Art der Beschäftigung das deutsche Volk nachgerade zur Arbeitslosen und Faulenzerei erzoogen wird.

Wir bitten um gefl. Mitteilung, ob wirklich keine produktive Arbeit, welche wir heute dringender denn je gebrauchen und die uns allein noch retten kann, für die eingestellten Arbeitskräfte in den Depots vorhanden ist.

Gleichzeitig teilen wir Ihnen zur gefl. Kenntnisnahme mit, daß wir die Absicht dieses Schreibens mit derselben Post dem Ministerium des Innern übermitteln.

Soedachtungsvoll

gez. Niederbühl.

Auf diese geradezu klassisch-demokratische Kundgebung gab das Zeugamt Rastatt folgende Antwort:

Rastatt, den 24. Februar 1919.

Nr. B. 874.19.

An den

Landesverband der bad. Gewerbe- u. Handwerkervereinigungen

Rastatt.

Auf die weit übertriebenen Ausführungen Ihrer Zuschrift vom 20. 2. 19 Nr. 3508 erwidert das Zeugamt:

Von den anfangs November 1918 vorhandenen 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen wurden bis jetzt über 3000 entlassen. Eingestellt wurden in dieser Zeit rund 800 Kriegsteilnehmer. Die Leute wurden bis jetzt mit den notwendigen Vorkaufsarbeiten sowie mit Kostfandarbeiten notdürftig beschäftigt, um nach den Anweisungen des Kriegsministeriums und auf Wunsch der öffentlichen Arbeitsnachweise möglichst viele Erwerbslose unterzubringen und vor allem über die Wintermonate hinaus zu halten. Wenn nun andererseits gegen das Zeugamt Vorwürfe wegen der Art der Beschäftigung erhoben werden, so darf dem entgegengehalten werden, daß weder der Landesverband ein Recht, noch genügend Grund dazu hat, Entlassungen von Arbeitern werden unausgesetzt fortgesetzt, um nach und nach die Arbeiterzahl herabzumindern. Phantastische Löhne werden beim Zeugamt nicht gezahlt; sie passen sich den ortsüblichen an. Ermittlungen über den genauen derzeitigen Lohnstand sind im Gange.

Um feststellen zu können, welche von den Arbeiterinnen sich während der Arbeitszeit mit Strickzeug beschäftigt haben, bitten wir um Mitteilung der Namen derselben.

Zu dieser trefflichen Abfuhr wird uns vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses des Zeugamts Rastatt, D. Melzer noch geschrieben:

Herr Niederbühl hat bei den bisher stattgefundenen Wahlen immer erklärt, für die Wünsche der Arbeiter eintreten zu wollen. In obigem Schreiben liefert er den Beweis für seine Arbeiterfreundlichkeit. Herr Niederbühl hat während des Krieges Heeresarbeiten übernommen, und zwar zu Preisen, die von verschiedenen Seiten für zu hoch erachtet wurden; wir haben aber noch nichts davon gehört, daß er da einmal dagegen protestiert hätte. Es gibt sogar viele Bürger und Arbeiter, die der Meinung sind, dieses gute Geschäft, das Herr Niederbühl auf Kosten des Reiches machte, dazu beigetragen hätte, daß Herr Niederbühl heute auf anderen Füßen steht, wie vor Kriegsausbruch. Es sind sehr viele Arbeiter beim Zeugamt beschäftigt, die draussen im Schützengraben ihre Gesundheit geopfert, damit Herr Niederbühl weit ab vom Schuß sein gutes Geschäft machen konnte. Wenn nun diese armen Teufel jetzt ein wenig verschlafen und dadurch ihre total heruntergerissenen Nerven in Ordnung bringen, so sollten gerade solche Patrioten, wie Herr Niederbühl einer sein will, die immer vom Dank des Vaterlandes an unsere Krieger reden, derartige Schriftstücke nicht verfassen. Das ist aber die wasserläufige Praxis dieser Herrschaften. Ganz abgesehen davon, daß es, wie es in der Erwiderung des Zeugamts heißt, sich ja auch darum handelt, möglichst viele Erwerbslose unterzubringen, Not und Elend von der Arbeiterbevölkerung fernzuhalten und dadurch wiederum Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Ich glaube, daß durch dieses Vergehen des Zeugamts dem Volke, dem Bürgertum und dem Staate mehr gedient ist, als

wenn man nach dem Rezept des Herrn Niederbühl gehandelt hätte und dadurch Zustände herauf beschworen hätte, wie sie in Düsseldorf oder im Ruhrrevier zutage getreten sind. Hoffentlich ziehen die Arbeiter bei zukünftigen Wahlen zu dem Geschicklichen Körperlichkeiten die notwendige Lehre gegenüber der Wahlzettel, auf denen der Name Niederbühl steht.

Wir haben den Ausführungen unseres Gen. Melzer nichts hinzuzufügen; gespannt wären wir nur, zu erfahren, wie sich die demokratische Fraktion — oder wenigstens die wirklichen Demokraten in derselben — zu diesem „volksfreundlichen“ Verhalten ihres Mitglieds Niederbühl stellt.

Protest gegen die Zurückhaltung unserer deutschen Gefangenen.

— Ettlingen, 2. März. Die am gestrigen Abend stattgefundenen Protestversammlungen des Bundes zum Schutze der Zivil- und Kriegsgefangenen über die Einbehaltung unserer Kriegsgefangenen war sehr gut besucht. Die Gren-Kapelle eröffnete die Versammlung mit einem Marsche. Nach begrüßenden Worten durch den Vorsitzenden legte Herr Rechtsanwalt Hudele (Karlsruhe) das völkerverräthliche Verhalten unserer Feinde dar, schilderte all die feilschen und forderlichen Leiden unserer in Feindesland zurückgehaltenen Kameraden und forderte auf, das gesamte Volk möge seine Kraft dafür einsehen, daß diese recht bald der Heimat zurückgegeben und so von ihren Leiden befreit werden. Auch dafür Sorge getragen werden, daß sie nach ihrer mühseligen Arbeit und Lebensmöglichkeit erhalten. Das Vaterland sei zum Danke an sie verpflichtet. Diese Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Als zweiter Redner behandelte Hg. Dr. Kraus (Freiburg) die politische Seite dieser Frage. In flammender, tiefgründiger und zu Herzen gehender Rede zeichnete er uns ein Bild von dem mächtigen Weltgeschehen, das sich in Europa und Injandheit in Deutschland abspielt und sich in der Revolution noch weiter auswirkt. Die großen Geschicknisse haben den deutschen Imperialisismus vernichtet und Anzeichen seien in den Begebenheiten der letzten Tage dafür vorhanden, daß auch dem Imperialisismus unserer Feinde das Ziel gesteckt sei. Das deutsche demokratische Volk müsse in seiner Gesamtheit durch ein Festhalten an den Grundsätzen der Revolution dem Urslande gegenüber beweisen, daß es endgültig mit dem alten Obrigkeitsstaat aufgeräumt habe. Nur dadurch können wir das Vertrauen des Auslandes und der Neutralen sichern und unsere gefangenen Kameraden den besten Dienst erweisen. Energisch legte Redner Protest ein gegen das Verhalten unserer Feinde. Unser Verlangen laute bestimmt: Heraus mit den Gefangenen! Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig aufgenommen. Neben der Grenadierkapelle wirkte auch der Arbeitergesangsverein „Eintracht“ durch idonen Vortrag zweier Freiheitschöre unter der Leitung des Herrn Chormeisters W. Giffler mit. — Nicht unterlassen wollen wir, darauf hinzuweisen, daß das heutige Bürgertum und die sogen. „besseren“ Stände dieser so ungemein wichtigen Veranstaltung nicht das nötige Interesse entgegenbrachten. Es schmachten doch Hunderttausende draussen unter fremdem Joch, Söhne aller Volkstriebe, die im Felde zum Schutze der Heimat ihren Dienst getan.

Die Heimkehr von deutschen Orienttruppen.

Konstanz, 2. Febr. In der Nacht zum Samstag sind zweizüge mit über 1200 Orienttruppen und 32 Kranken- und Verwundeten aus dem Orient kommend hier eingetroffen. Sie wurden hier in der herzlichsten Weise empfangen und versorgt. Unter den Heimkehrern befand sich auch eine Anzahl Schwerverranter. Die Leute erzählten von unsäglichen Strapazen, insbesondere beim Rückzug von der Palästinafront, wo sie tagelang ohne Brot und Süßwasser waren. Während sie in Konstantinopel gut versorgt waren, berichteten sie, daß das Schicksal ihrer noch internierten etwa 8000 Kameraden auf Schiffen unter französischer Bewachung recht besorgniserregend ist. Die Orientkämpfer waren laut „Konst. Nachr.“ am 18. Februar in Konstantinopel abgefahren.

Kommunalpolitik.

Die Eingemeindung von Dös nach Baden-Baden ist in einem kritischen Stadium anelangt, da der Bürgerausschuß Dös nicht allgemein dafür ist. Es wurden deshalb von den Freunden der Eingemeindung verschiedene Werbeveranstaltungen abgehalten, in denen Vertreter aller Parteien für die Eingemeindung traten. Ob mit Erfolg, muß die demnächst stattfindende Bürgerausschussung ergeben. Doch das sieht heute schon sehr, daß die Gegner der Eingemeindung der Gemeinde Dös damit keinen guten Dienst erweisen.

Baden-Baden, 2. März. Mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft e. G. m. b. H. wird ein Erbbaurecht abgeschlossen, wonach die Stadtgemeinde der Genossenschaft das Erbbaurecht an den im jogen. Döswinkel an der Singheimerstraße gelegenen städt. Grundstücken auf die Dauer von 70 Jahren einräumt. Der Stadtrat wird einen Kredit von 200 000 M anfordern zur Bewahrung von Baubehelfen und Baukostenzuschüssen.

Baden-Baden, 28. Febr. Der Bürgerausschuß von Dös lehnte gestern mit 35 gegen 20 Stimmen die Eingemeindung von Dös in die Stadt Baden-Baden ab.

Aus der Partei.

k. Grötzingen, 4. März. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr, spricht Frau Theresia Blase, Mitglied der bad. Nationalversammlung, im Löwenaal über das Thema: „Die Frau im neuen Deutschland“. Arbeiter und Parteigenossen, sorgt für einen guten Besuch und bringt vor allem eure Frauen mit.

Sördern, 2. März. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Anker“ die Generalversammlung des sog. Wahlvereins statt. Vollzähliges Erscheinen der Parteigenossen wird erwartet.

Ottenu im Murgtal, 3. März. Die Monatsversammlung des Sozialdem. Vereins findet am Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Strauß“ statt; es wird ein Genosse über Sozialisierung reden. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Genossen, vollzählig zu erscheinen. Auch die Leser der Parteipresse sowie sonstige Parteifreunde sind freundschaftlich eingeladen.

Baden-Baden, 1. März. Der neugegründete Bildungsausschuß der sozialdem. Partei eröffnete gestern seine Tätigkeit mit einem Vortrag des Gen. D. Kapp über das Erfurter Programm. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Wielefeldt, legte das Ziel und Programm desselben vor und fand damit allgemeine Billigung. Eine Sammlung zur Anlage einer Bibliothek ergab die namhafte Summe von 200 M. Großen Beifall hatte Herr Kapp mit seinen Ausführungen und es wurde allgemein der Wunsch laut, daß er ganz besonders über den ersten Teil des Erfurter Programms weitere Vorträge halten möchte. Die anschließende Diskussion bewegte sich auf hohem geistigem Niveau und hat den Beweis erbracht, wie zweckmäßig es war, Bildungs- und geistigen Fragen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Gegen die Mannheimer Vorgänge. In der Mitgliederversammlung der sozialdem. Partei Heidelberg wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Mannheimer Vorkommnisse verurteilt das Räte-System abgelehnt und betont wird, daß die Versammlung sich restlos auf den Boden der Demokratie stellt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 5. März.

Aus der Stadtratsitzung vom 27. Februar 1919.

Erkung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Oberbürgermeister dem am 21. d. M. verstorbenen Mitglied des Stadtrats, Fabrikanten Otto Müller, Teilhaber der Karlsruher Parfümerie- und Toilette-Seifenfabrik J. Wolff u. Sohn, einen ehrenden Nachruf.

Ergänzung des Stadtrats. Staatsrat Dr. Krens, der anstelle des aus dem Stadtrat ausgetretenen Geheimen Hofrats Dr. Gustav Bing zum Stadtrat berufen worden ist, hat die Annahme des Amtes mit Rücksicht auf sein Staatsamt, das ihn sehr in Anspruch nimmt, abgelehnt. Der Stadtrat beruft an seiner Stelle Stadtratsmitglied Dr. Ernst Blum als nächsten der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörenden Bewerber der nationalliberalen Partei zum Mitglied des Stadtrats mit Amtsdauer bis zu den nächsten Gemeindevahlen. — An Stelle des verstorbenen Stadtrats Otto Müller wird Stadtratsmitglied Kaufmann Wilhelm Erb als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörender Bewerber der nationalliberalen Partei zum Stadtrat mit Amtsdauer bis zu den nächsten Neuwahlen des Stadtrats berufen.

Witeinigungsamt. Stadtratsrat Dr. Otto Jaeger wird zum weiteren Stellvertreter des Vorstehenden des für den Bezirk der Stadt Karlsruhe errichteten Witeinigungsamtes ernannt. Frau Marg Knoop hat seit Kriegsbeginn bis jetzt täglich 40 bis 50 Schulkinder, deren Väter im Felde standen, auf ihre Kosten gespeist. Der Stadtrat spricht Frau Knoop für diese einer großen Zahl von Kindern erwiesene Wohltat herzlichsten Dank aus.

Straßenbahn nach Anielingen. Das Bahnamt legt Pläne und Kostenaufschlag für die Fortführung der Straßenbahn von Mühlburg nach Anielingen (zunächst bis zur Einmündung der Mollteich in die Rheinstraße) vor. Der Stadtrat heisst die Pläne gut. Der Kostenaufschlag, der im Jahre 1914 auf 245 000 M. berechnet worden war, ist infolge des Anstiegs der Preise der Baustoffe, Löhne u. a. nunmehr auf 425 000 M. veranschlagt.

Erhöhung der Fahrpreise der Albtalbahn. Nach dem Vorgang der Staatsbahnen beabsichtigen auch die Badischen Lokalbahnlinien A.-G. auf 1. April d. J. als Folge der erheblichen Lohnsteigerungen und des bedeutenden Kohlenpreisaufschlags die Fahrpreise der Albtalbahn für die Personenbeförderung zu erhöhen. Vorgelesen sind Fahrpreisaufschläge von 40 vom Hundert für gewöhnliche Fahrkarten 2. Klasse, von 30 v. H. für solche 3. Klasse und für Fahrkartenbücher und von 20 v. H. für Zeitkarten. Der Stadtrat erklärt sich mit diesen Fahrpreiserhöhungen, von denen auch der Gemeindefahrttarif mit der städtischen Straßenbahn betroffen wird, einverstanden. (Schluß folgt.)

Ueber die Lage der Friseurgehilfen.

Man schreibt uns: Gezwungen durch die heutigen Verhältnisse haben sich einige Friseurgehilfen an den Arbeiterstreik gewandt mit der Bitte um Einberufung einer öffentlichen Gehilfenversammlung und um Hilfe bei der Gründung eines Zweigvereins des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands, weil nur dieser in der Lage ist, die Interessen der Arbeiter im Friseurgewerbe richtig zu vertreten. Am 7. 2. 19 fand die gut besuchte Versammlung statt und man konnte daselbst sehen und hören, in welchem miserabel schlechten Verhältnisse die Gehilfen leben. Ein Monat ist seitdem verfloßen und noch immer herrschen die nämlichen Zustände. Tag für Tag montags von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr, samstags bis 9 Uhr abends und auch Sonntags müssen diese armen Menschen den frühen Vormittag bis 12 Uhr mittags in der Stubenluft verweilen. Eine richtige Essenszeit kennen nur die wenigsten. Auch fehlt den meisten die Zeit, ein paar Minuten frische Luft schnappen zu können. Und welche Bezahlung erhalten diese Arbeiter für 75-78 Wochenarbeitsstunden? Wenn ein Gefährte Kost und Logis beim Arbeitgeber hat, so erhält ein guter Arbeiter im Monat 30-35 M.; be-

kommt er aber vollen Lohn, so muß er mit 110-160 M. zufrieden sein. Davon soll er die Instandhaltung seines Werkzeuges und seinen Lebensunterhalt bestreiten. Wer bringt dies in der heutigen Zeit fertig? Aber trotzdem murren die Gehilfen nur im Stillen und lassen ihre Arbeitgeber ruhig weiter 150-200 Proz. Verdienst aus ihrer Arbeitskraft herausziehen, anstatt sich zusammenzuschließen und ihre Chefs zu fragen: „Wo bleiben unsere doppelten Arbeitslöhne gegenüber der Friedenszeit, wo ihr doch von den Kunden auch doppelte Preise nehmt? Wollen sich die Gehilfen damit auf die Dauer wirklich abfinden?“

Heute Abend 8 Uhr öffentliche Frauen-Versammlung in der „Goldenen Krone“ (Analienstraße 16). Jede sozial gesinnte Frau sollte erscheinen.

Sozialdem. Bürgervereinsfraktion. Heute abend punkt 8 Uhr im kleinen Rathausaal Fraktionsitzung. Vollständige Erscheinung aller Fraktionsmitglieder ist notwendig.

Küppure. Auf in die Volksversammlung im Bahnhofshotel muß heute abend die Lösung lauten. Genosse Weismann spricht über „Die neue badische Verfassung“. Die Versammlung beginnt um halb 8 Uhr.

Bezirk Südstadt. Wir machen die Mitglieder der Partei nochmals auf die heute abend 8 Uhr im „Auerhahn“ stattfindende Versammlung aufmerksam und erwarten zahlreichen Besuch. Neben dem interessanten Vortrag des Genossen Dr. Kullmann sind noch äußerst wichtige Parteianliegenheiten, insbesondere die bevorstehenden Wahlen zum Bürgerausschuß und Stadtrat zu besprechen. Es sollte deshalb kein Mitglied fehlen.

Weststadt. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend 8 Uhr im Restaurant „Felseneck“ stattfindende Versammlung hingewiesen. Es ist notwendig, zahlreich zu erscheinen.

Küppure. Die am Freitag 28. Febr. im „Jägering Löwen“ stattgefundene Frauenversammlung hätte besser besucht sein dürfen. Zumal der sehr lehrreiche Vortrag von Genossin K. Fischer, Mitgl. d. bad. Nationalversammlung, Thema: Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde, inhaltlich für unsere Frauen von großer Bedeutung war. Nebenher schilderte, wie ein großes Arbeitsfeld noch auf dem Gebiete Schule, Kindergarten, Armen- und Waisenpflege sowie Wohnungsfrage noch zu bearbeiten sei. Mit einem Appell zum Zusammenstehen und Mitarbeit in der Partei schloß die Referentin ihren mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Genossin Moritz, Wandel, sowie Genosse Schön sprachen sich in gleichem Sinne aus. Die Versammlung brachte eine Anzahl Mitglieder, aber immer noch stehen uns viele fern, die eigentlich zu uns gehören. Deshalb ihr Frauen und Töchter von Küppure und Gartenstadt, tretet ein in unsere Reihen, helft die Parteigenossen zusammenzutragen, arbeitet mit und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Der Gesangsverein „Badenia“ hielt am vergangenen Samstag seine Generalversammlung ab, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte und einen einmütigen Verlauf nahm. Leider hat auch die „Badenia“ schwere Verluste zu beklagen, indem 23 Mann den Heidentag gefunden haben. Der Verein steht trotz der schweren Ereignisse in geordneten Verhältnissen, mit einer Mitgliederzahl von 500. Durch einstimmigen Beschluß wurde der frühere Vorsitzende, Ehrenmitglied Oberaufseher Kieple, wieder an die Spitze des Vereins berufen. Es ist zu hoffen, daß auch fernerhin der Verein in der Pflege des deutschen Männergesangs erfolgreiches leistet und durch die Macht des Gesangs die deutsche Volkseele wieder aufzurichten.

Konzertsaal. In dem nächsten Symphoniekonzert des Landes-Theaterorchesters wird das seit langem hier nicht mehr gebrauchte Doppelfoniert für Orchester und 2 Klaviere von Mozart von den Herren Hofrat Ordenstein und Georg Mantel, gespielt. Es ist eines der schönsten Klavierkonzerte des Meisters.

Letzte Nachrichten.

Gründung der österreichischen Nationalversammlung.

Wien, 4. März. Die verfassunggebende Nationalversammlung hielt heute ihre Gründungsitzung ab. Die Abgeordneten, darunter sieben sozialdem. weibliche Abgeordnete, waren fast vollständig erschienen. Abg. David (Soz.) als Alterspräsident, hielt eine Ansprache, in der er zunächst der Weiden und Qualen der Bevölkerung infolge des 4 1/2-jährigen Krieges und der zweifachen Aufrechterhaltung der Blockade gedachte. Die Sieger sollten, so führte er weiter aus, es sich bei unierer zweifelhafte Logik wohl überlegen, ob es nicht ratsam wäre, eine andere Methode anzunehmen und uns die Möglichkeit zu bieten, endlich mit den Bürgern anderer Staaten in Verkehr zu treten. Der Redner brachte sodann unter lebhaftem Beifall und Gänbelklatschen des einmütigen Verlangens aller Abgeordneten nach Anschließung an Deutschland um Ausbruch. Nach Angelobung der Abgeordneten und der Wahl des Geschäftsordnungsausschusses wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Briefkasten der Redaktion.

A. Vorstraße. Von anderer Seite sind uns Beschwerden dieserhalb noch nicht zugegangen. Wir müssen es Ihnen überlassen, eine Beschwerde an das Bezirksamt selbst zu richten.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Ehegeschickungen. Johann Beder von Rot, Straßenbahnbeschaffener hier, mit Anna Meier von Rot. Fern. Schill von Ottenheim, Pader und Konditor hier, mit Augustina Dux von Offenburg, Ostf. Benz von hier, Schloffer hier, mit Marie Zimmermann von Durlach. Edy Furrer von Ettlingen, Pader hier, mit Ant. G. Hiltnermann Bue von Ettlingen. Wilhelm Meh von Bretten, Amtsdiener alda, mit Rosa Daj von Altwiesloch. Fern. Holz von Bietigheim, Kutscher hier, mit Anna Jung von hier. Peter Schwenkes von Reudertau, Gärtner hier, mit Theresia Keller von Oberweiler. Wilhelm Wolf von Mühlstein, Kranlenw. in Seibelsberg, mit Hulfe Martin von hier. Anton Koch von Oberheim, Beamter hier, mit Elisabetha Wolf von Schiffsweiler. Theodor Müller von hier, Magistrat-Beamter hier, mit Elisabetha Honel von Fiedelbronn. August Nagel von Zurlenheim, Schulm. hier, mit Elisabetha Meh von Meh. Karl Rauer von Rehl, Steinbauer hier, mit Caroline Kandler von hier. Nikolaus Brunner von Gamsbühl, Pädagog. hier, mit Annie Krug von Währingen.

Todesfälle. Friedrich Vetter, Witwer, Stdt. Arb., alt 54 J. Verla. Ehms, ledig, Fabrikarb., alt 21 J. Leopold Fäger, Chemn. Fabrikarb., alt 50 J. Wilhelmine Stamm, alt 7 J. Witwe des Büroass. Stamm.

Vereinsanzeiger.

Aue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, den 9. März, mittags 12 Uhr, findet in der „Blume“ Versammlung statt, in der wichtige Punkte der gegenwärtigen Lage ihrer Erlebung zu erwarten, daß alle Genossen pünktlich erscheinen, wozu freundlichst einladet 16382 Der Vorstand.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Kreis-Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Zahn-Praxis Rudolph Holl Dentist Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse von Militärzahnstationen. KARLSRUHE, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz. Fernruf 2798. Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 855 Auf Wunsch nach vorheriger Vereinbarung Behandlung auch ausserhalb der üblichen Sprechstunden.

Buchhandlung „Volksfreund“ KARLSRUHE 24 Luisenstrasse 24 Lieferung von Partei-, Gewerkschafts- und Fach-Literatur. Lieferung ganzer Bibliotheken. Telefon 128.

Welt-Kino Kaiserstrasse 133. Nur noch 3 Tage! Alleiniges Erst-Aufführungsrecht! Verlorene Töchter! Der Leidensweg der Unschuld. Eine Kulturtragödie in 6 Akten mit Gesang. Ein wirkliches Kulturwerk, weil die traurige Wahrheit nicht schamhaft verhüllt und mit der erschütternden Wirklichkeit nicht versteckt gespielt wird. Die Hauptrollen sind von den bedeutendsten Darstellern besetzt, wie: Lu Synd :: Karl Auen usw. Die Handlung spielt sich teils in Europa, teils in Südamerika ab. Die Gäste sind teils aus Negern und Mexikanern zusammengestellt. Preise: Sperrsitz 2.- M., I. Platz 1.50 M., II. Platz 1.- M. Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 1/3 Uhr.

Residenz-Theater. Spielpläne vom Mittwoch, den 5. bis einschli. Freitag, den 7. März 1919. Waldstr. 30 Telefon 5111. Ununterbrochen Vorstellungen, Beginn der letzten abends 8 Uhr 15 Minuten. Schillerstr. 20 Schillerstrasse Ecke Goethestrasse. Haltestelle d. Strassenbahn. Durlach „Zum grünen Hof“ Abenteuer des berühmten Detektivs Harry Higg. Söhne des Volkes. Die Waffen nieder!

Taschenuhren, wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 355 Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft Kronenstr. 25, Tel. 3747. Küchen-Einrichtung. 1 Büllet, 1 Kredenz, 1 Tisch u. 2 Hocker umländerhalber billig zu verkaufen. Händler verbeten. Zu erst. im Büro d. „Volksfr.“ Nähmaschine gute starke, noch neu umständehalber billig zu verkaufen. Händler verbeten. Zu erstagen im Büro d. „Volksfreund“. Alle Druck-Arbeiten liefert rasch und billig Druckerei Volksfreund Luisenstrasse 24 Teleph. 128.

Während meiner länger dauernden Abwesenheit wird mich Herr Dr. Artur Brauns vertreten. 1635 Sprechstunden Werktags 8-9 vormittags, 2-3 nachm. Karlsruhe-Gartenstadt, Heckenweg 20. Bernhard Schönck, prakt. Arzt.

Möbelhaus
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Ecke Kaiser- und Douglasstr. (Hauptpost).
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.
Aufbewahrung völlig kostenlos.
Hauptlager Mühlburg: Philippsstrasse 19.

Telephon Nr. 5220.
Telephon Nr. 5224.

Gehr. Karrer
Gute Ware bei billigster Berechnung.



Residenz-Theater

Waldstrasse 30

Mittwoch den 5. bis einschl. Dienstag den 11. März

Die Waffen nieder

5 Akte.

Als **Bertha von Sutfner's** Roman,

„DIE WAFFEN NIEDER“ erschien, beschränkte sich die pazifistische Bewegung auf eine kleine Schar mutiger und begeisterter Anhänger, die von der weitaus grösseren Anzahl Menschen mitteilidig belächelt wurde, da ihre Friedensansicht im Zeitalter allgemeiner Kriegszustände und -drohungen als der unerfüllbare Traum lebensfremder Idealisten galt. Doch das Buch, dessen vorzüglicher Titel zu einem Tendenzwort wirksamster Prägung wurde, war in einem so feurigen Ernst und einer so leidenschaftlichen Überzeugung geschrieben worden, dass auch dem militärisch erzogenen Kriegsfreund das Lachen verging.

Da entschloss man sich, das Buch **Bertha von Sutfner's** zu verfilmen und durch die internationale Bilderpredigt noch tiefer und unmittelbarer auf die erhitzten Gemüter der Nationen einzuwirken.

Der Film kam acht Tage vor Ausbruch des Weltkrieges nach Berlin und sollte am 29. Juli 1914 dort gezeigt werden.

Die Vorführung wurde unmöglich gemacht durch die Erklärung des drohenden Kriegszustandes. Zwei Tage später waren die Kriegserklärungen an Frankreich und Russland bereits erfolgt. Der Film, der so energisch vor dem Krieg und seinen Folgen warnt, wurde damals von der Zensur verboten und kann erst heute, nach fünf Jahren blutigen und zwecklosen Ringens, über die Leinwand gehen. Allein, diesmal begleitet ihn die Hoffnung, dass aus den Schrecken des Weltkrieges der Ruf

„Die Waffen nieder“

so unaufhaltsam und so bezwingend ertönen müsse, dass er diesmal auch von den Tauben gehört wird.

Olaf Foenns

der seinerzeit in dem grossen gewaltigen **HOMUNCULUS**-Werk die Titelrolle mit so ausserordentlichem Geschick durchführte, verkörpert in **Bertha von Sutfner's** Roman die Hauptrolle.

Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt.
Johes Klaus, Uhrmacher, Mühlburgerstrasse 20.

Ettingen.

Haus- u. Straßenschuhe werden rasch u. billig angefertigt. Lieferzeit 2 Tage. Stoff und Futter mitbringen.
H. Schwindenhammer, Strichgasse 2, 1. St.

Graue Haare

und Bart erhält garant. dauernd Naturfarbe u. jugendfrische wieder. d. unj. seit 12 Jahren best. bewährt.
„Martinique“.
Kauf u. Nachbest. N. 4. - Nachn. nur d. Sanis Versand München 26

Nach ein gutes Bild

Bildbilder, 6 Stück 3 Mt., Postkarten Bild. von 6 Mt. an, Bild. Bild. von 8 Mt. an, Cabinet, Bild. von 16 Mt. an, Vergrößerungen, gemerbliche, industrielle und Aufnahmen im eigenen Heim fertig billigt

F. Umhaner

Metall, Vergrößerungsanstalt Karlsruhe, Kaiserallee 103.

J. Hartmann

Karlstraße 22, Stb. II. : empfiehlt 1621

Damenmäntel

für Frühjahr und Herbst und

Arbeitsjosen.

Lehrmädchen

aus guter Familie kann auf Oferten eintreten. Bei

Frau M. Mall Btw. Kurz, Weiß u. Wollwaren. Ladnerstraße 16. 1623

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Frauen-Sektion.

Mittwoch den 5. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Goldenen Krone“, 2. St., Ecke Douglas- und Amalienstraße

Öffentl. Frauenversammlung.

Tagesordnung:

„Die Tätigkeit der Frau im neuen Staate.“

Rednerin: Frau Th. Blase, Mannheim, Mitglied der Bad. Nationalversammlung.

Wir laden hierzu die Frauen mit dem Erfuchen zu erscheinen höfl. ein.

Der Vorstand.

Volkswehr

Illustrierte Zeitung für die Soldaten und Bürger der Deutschen Republik

Bezugspreis vierteljährlich Mk. 2.25 Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich 2 mal : Probenummern kostenlos.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 6. März, 7/8 Uhr.

Sinfoniekonzert der Kapelle des Landestheaters.

Solisten: Hofrat H. Ordenstein und Georg Mantel, Lehrer am Konservatorium.

1. Sinfonie D-Dur Nr. 38 (Prager Sinfonie). 2. Konzert für 2 Klaviere mit Orchesterbegleitung. 3. Sinfonie Nr. 4, B-Dur von Beethoven.

1624

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Oberammergauer Passionsspiele

Spieltage: am 4., 5., 6., 7., 8., 9. März, jeden abend 7 Uhr, ausserdem am 5., 8. und 9. März, jeden nachmittags 2 1/2 Uhr und abends 7 Uhr.

Vorverkauf in der Musikalienhandlung des Herrn Fritz Müller, Kaiserstrasse 124, Ecke Waldstrasse. Telephon 388.

Städtisches Bierordtbad.

Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10 bis 11 Uhr und nachmittags 2 1/2 - 4 1/2 Uhr, sowie freitags von 6 - 7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 10 Uhr und von 11 - 1 Uhr, nachmittags 4 1/2 - 7 1/2 Uhr, freitags nachmittags nur bis 6 Uhr und Samstag von vormittags 11 bis abends 8 1/2 Uhr, auch über die Mittagszeit geöffnet.

An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe — Telephon 1846.

Frühjahrs- und Seiden-Mäntel

Jackenkleider, Röcke, Blusen, Seiden- und Voile-Kleider : : : Konfirmanden- u. Kinderkleider.

Billige Preise Keine Ladenspeisen.

Entlaufen

Dolfschund, grau, 50 Mark Belohnung für Bringer. Fr. Calmbach, Erbprinzenstr. 27.

Zeitungsverkäufer, Kolporteurs

auch auf dem Lande, für gangbare politische Massenwerke gesucht.

G. Brög, Karlsruhe-Mühlburg, Geibelstr. 2a III

Lehrmädchen

mit guten Schulzeugnissen suchen auf Ostern

Goschw. Knopf

Meldung vormittags 9-11 Uhr im Personalbüro.

Geldentschädigung beim Tragen eigener Bekleidung f. freiwillige.

Denjenigen angezogenen Freiwilligen, die wegen Mangel an Bekleidung nicht jogleich militärisch eingeleidet werden können und daher gezwungen sind, ihre eigene Bekleidung (Zivil oder Uniform) zu tragen, darf dafür eine Entschädigung von 75 $\frac{1}{2}$ täglich bis zum Höchstbetrage von 20.-M monatlich bewilligt werden.

Landesausschuss Von seiten Gen.-Adm. badischer Soldatenräte. Für den Chef d. Gen.-Stabes: Gehry. Major.

Die Schafweide

auf dem Rühlheimer Egerzierplatz soll für die Zeit vom 1. Apr. 1919 bis 31. März 1922 neu verpachtet werden. Pachtschreiber wollen schriftliche Angebote zum 11. März 1919, vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der Garnisonverwaltung, Goethestraße 2, abgeben; vor Abgabe sind die Bedingungen unterschriftlich anzuerkennen.

Bekanntmachung.

Die Kreisversammlung betr.

Zur persönlichen Teilnahme an der Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe gemäß §§ 27 Ziffer 5 und 33 des Verwaltungsgesetzes sind die nachgenannten Großgrundbesitzer des Kreises berufen:

- 1. Peter Freiherr von und zu Mellingen in Mellingen;
- 2. Viktor Freiherr Seyditz von Gannstatt in Hohenwettersbach;
- 3. Dr. Wilhelm Felix Wielandt, Direktor in Oldenburg;
- 4. Eduard Meyton, Gutsbesitzer in Durlach.

Dies gebe ich gemäß § 32 der Kreisverordnetenordnung mit dem Anfügen bekannt, daß etwaige Einreden binnen 8 Tagen bei mir anzubringen und zu begründen sind.

Karlsruhe, den 23. Februar 1919.

Der Kreishauptmann.

Bekanntmachung.

Pferberände betr.

Unter dem Pferdebestand des Megger und Biet Bauer in Welschniebur ist die Rande ausgebrochen.

Karlsruhe, den 1. März 1919.

Freiwillige Helferinnen gesucht.

Die städtische Schülerpeisung sucht freiwillige Helferinnen zur Verteilung der Mittagskost in den Speisungsstellen der verschiedenen Stadtteile für die Zeit von 12-1 Uhr Mittags.

Anmeldungen im Rektorat Kreuzstraße 15, Zimmer 27.

Karlsruhe, den 4. März 1919.

Städtische Handelsschule.

Der Unterricht in den Fachkursen (Tages- und Abendkursen) wird am Mittwoch, den 5. März wieder aufgenommen und zwar vorerst in der neuen Gewerbeschule, Adlerstraße 29.

Das Rektorat.

Blinden-Arbeit.

Gaushaltungs-Bürsten und Hochhaar-Bürsten empfiehlt

Wih. Boos, Viktoriastr. 6. 1720

Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei

Gehr. Himmelheber, Möbelfabrik, Kriegstraße 25.

Palast-

heute und folgende Tage!

Fettchen Geberts Geschichte

von Georg Hermann.

II. Teil: Henriette Jacobi

verfilmt u. inszeniert von Richard Oswald in 4 Akten.

Der zweite Teil ist gleichzeitig der Abchluss dieser hervorragenden Filmproduktion, die durch blendende Photographie übertrifft und wahrhaft lebendige Augenblicksbilder aus dem vormärzlichen Berlin entrollt. Im Ganzen ein glänzend gewähltes und wirklich vornehm gehaltenes Sujet. Eine Augenweide für feinsinnige Menschen.

Außerdem untreitig das beste der bisher erdichteten Lustspiele mit

Ossi Oswalds Meine Frau, die Filmschauspielerin

3 Akte.

Lichtspiele

1618

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlenyndikat wird sofort sozialisert! Dadurch gewinnt das Reich, d. h. das ganze Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst nachgiebigen Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie. Die Sozialisierung des Kalibergbaues ist in schleunigster Vorbereitung. Das allgemeine Sozialisierungs-Gesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft, die deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich, d. h. wir alle regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends je im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird. *****

Und das ist Sozialismus!

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute verschied im vollendeten 73 Lebensjahre unser lieber Vater, Grossvater, Urgrossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Karl Schrempp, Kommerzienrat
Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe.

Im Namen der tieftrauernden Familie:

Mina Weng geb. Schrempp Maria Luise Schrempp
Karl Schrempp Friedrich Schrempp.

Karlsruhe, Baden-Baden, den 4. 1919.

Die Trauerfeier findet Freitag den 7. März, nachmittags 4 Uhr in der Friedhofkapelle in Karlsruhe statt. Beileidbesuche und Kranzspenden werden im Sinne des Entschlafenen dankend abgelehnt. 1631

Am 4. März 1919 verschied nach längerem Leiden im Alter von 73 Jahren unser hochverehrter

Herr Kommerzienrat Karl Schrempp.

Wir verlieren in dem Entschlafenen den Gründer und langjährigen Führer unserer Gesellschaft; sein Andenken wird treu und dankbar bewahrt bleiben.

Karlsruhe i. B., den 4. März. 1632

Aufsichtsrat und Vorstand der Karlsruher Brauereigesellschaft
vorm. K. Schrempp-Karlsruhe.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreiche und herzliche Teilnahme sowie zahlreichen Kranzspenden bei dem unerwarteten Hinscheiden unseres lieben Vaters und Großvaters

Ludwig Lotter

sagen wir unsern innigsten Dank. Insbesondere dem Herrn Stadtvater Müller, sowie den Herren Beamten und Mitarbeitern vom Gaswerk II. Ferner sagen wir Dank dem Gesangsverein Vorwärts und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie denjenigen, die ihm das Geleit zur letzten Ruhe gaben.

Karlsruhe, den 4. März 1919. 1629

Die trauernden Hinterbliebenen.



Luxum Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Dagny Servaes

in ihrem neuesten Filmwerk

Polenblut.

Dramatisches Lebensbild in 4 Akten.

Das Grab im Busento

Schauspiel in 4 Akten.

In der Hauptrolle:

1619

Zanny Petersen.

Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.